



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 22.03.2014
<http://berliner-wassertisch.net>

=====

Für Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Wasserversorgung

Gemeinsame Pressemitteilung zum Weltwassertag 2014

Anlässlich des Weltwassertages am 22. März 2014 haben sich das Aktionsbündnis Das Wasser-Netz, der Berliner Wassertisch, der Berliner Wasserrat, der Arbeitskreis Faires Wasser vom Konsumentenbund in Hessen sowie der Konsumentenbund für Sachsen und Thüringen (Regionalverband Süd) als Bündnispartner zusammengeschlossen. Geplant ist es, sich gegenseitig zu unterstützen, Erfahrungen und Wissen auszutauschen und gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Mahnwache am 22. März 2014 zum Weltwassertag in Potsdam

Auftakt ist eine Mahnwache vor dem Potsdamer Landtag am Weltwassertag, dem 22. März 2014 von 11 bis 15 Uhr - um gemeinsam unter dem Motto "Für Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Wasserversorgung" auf die Positionen und Forderungen der Bürgernetzwerke öffentlich aufmerksam zu machen.

Gemeinsam sind wir stark

Das Bündnis hat bereits mit einem breiten Informationsaustausch der Bürger und Bürgerinitiativen rund um Themen der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung begonnen und will darüber hinaus neue (Wasser)Allianzen anregen.

Wofür das Bündnis steht

Ziel ist es, die jeweiligen Erfahrungen bei der Beitrags-, Gebühren- und Preiserhebung in Berlin, Brandenburg und Hessen auszutauschen und diesbezüglich für mehr Transparenz zu sorgen. Das Bündnis wird gemeinsam Probleme der privaten oder kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aufzeigen und zu Lösungen beitragen. Dabei setzen wir auf ökologische und langfristig wirksame nachhaltige Strukturen bei der kommunalen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Wir machen uns stark dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in die Wasserwirtschaft und Strukturplanung demokratisch einbezogen werden. Wir brauchen sozialverträgliche Entgelte und qualitativ hochwertiges Trinkwasser.

Das Aktionsbündnis Das Wasser-Netz fordert:

1. Gebühren für ALLE - statt Alt- und Neuanschließerbeiträge nur für Eigentümer.
2. Wir fordern wirkungsvolle Kontrollen für Trink- und Abwassergebühren.

Teilweise liegen die kommunalen Gebühren für Wasser und Abwasser in Brandenburg um das Fünffache über dem Bundesdurchschnitt. Dies ist die Folge, wenn eine transparente und nachvollziehbare Kontrolle der Verwaltungen fehlt.

Die Mitbegründerin des Aktionsbündnisses Das Wasser-Netz, Rechtsanwältin & Fachjournalistin Vilma Niclas aus Berlin und Sonnewalde (Niederlausitz/Brandenburg) meint:

„Wasser ist ein Menschenrecht und darf keine Handelsware sein. Die kommunalen Gebühren und Anschlussbeiträge dafür müssen bezahlbar bleiben. Dies jedoch ist aktuell in Deutschland nicht mehr überall der Fall. Kommunale Wasserzweckverbände, die unwirtschaftlich und nicht kostendeckend arbeiten und nicht sozialverträgliche, sondern überhöhte Gebühren verlangen, sind eine große Gefahr für gesundes Wasser. Sie sind zugleich Einfallstor für die private Wasserwirtschaft. Wir sind der Ansicht, die Daseinsvorsorge gehört nicht in die Hände von Konzernen und Banken, sondern in Bürgerhand.“

Thomas Kaiser, Mitbegründer und Pressesprecher des Aktionsbündnisses Das Wasser-Netz aus Lübben im Spreewald meint:

„Die Kalkulationen, die Effizienz der Anlagen und deren Wirtschaftlichkeit, sowie der Anschlusszwang müssen auf den Prüfstand ebenso die Praxis der Kommunen, Beiträge noch Jahrzehnte nach dem Vorteilsseintritt (also dem möglichen Anschluss eines Grundstücks an die Kanalisation) zu veranlassen. Andernfalls wird sich diese Politik neben den Eigentümern auch stark auf die Mieter auswirken, denn irgendwo müssen die Kommunalbeiträge herkommen, die von den Eigentümern, welche auch Wohnungsbaugenossenschaften sein können, verlangt werden für die Errichtung der Anlagen und deren Sanierung.“

Der Deutsche Konsumentenbund e.V. aus Hessen und der Regionalverband Süd e.V. des Deutschen Konsumentenbundes positionieren sich zur Kommunalaufsicht:

Christine Bockamp, Bundesvorstand des Deutschen Konsumentenbunds meint:

„Die öffentliche Hand macht die Wasserversorgung leider allzu oft zur Beute von Kommunalpolitik zum Vorteil weniger Funktionsträger und zum Nachteil Tausender. Hiergegen ist die Kommunalaufsicht faktisch wirkungslos. Wir fordern von der Politik ein Umdenken und eine Rückkehr zur Kontrolle durch die Kartellbehörden.“

Iwona Szczeblewski, Vorstand des Konsumentenbunds für Sachsen und Thüringen (Regionalverband Süd), ergänzt:

„Uns erreicht eine Vielzahl von Nachfragen zu überhöhten Gebühren und Beiträgen von Eigentümern und Mietern. In Mitteldeutschland geht es da leider oft um die wirtschaftliche Existenz von Familien.“

Der Berliner Wassertisch und der Berliner Wasserrat fordern:

1. Abbruch der Verhandlungen zum intransparenten Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA
2. Ein Gremium der Bürgerbeteiligung bei den rekommunalisierten Berliner Wasserbetrieben.

Gerlinde Schermer, Wirtschaftsexpertin und Mitbegründerin des Berliner Wassertisches und von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) meint:

„Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist ökologisch, politisch, wirtschaftlich und demokratisch prekär. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist insbesondere das intransparente, geheime Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren problematisch. Mit der erfolgreichen ersten Europäischen Bürgerinitiative »Right 2 Water« schien die Gefahr zunächst gebannt, die Wasserversorgung musste komplett aus der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie herausgenommen werden. Dieser Sieg könnte jedoch bald durch das TTIP zunichte gemacht werden.“

Ulrike von Wiesenau, Pressesprecherin des Berliner Wassertisches und Mitbegründerin des direkt-demokratischen Untersuchungsausschusses "Klaerwerk" und des Berliner Wasserrates ist der Ansicht:

"Auf Rekommunalisierung muss Demokratisierung folgen. Mit dem überkauften Rückkauf der privaten Anteile ist das Ende des Weges zur Rekommunalisierung bei den nach wie vor als komplexe Holding organisierten Berliner Wasserbetrieben noch nicht erreicht. In Zeiten, da immer mehr privatrechtlich gefasste Verträge die Demokratie aushebeln, versagen die Repräsentativorgane zunehmend bei der Aufgabe, die notwendige demokratische Kontrolle auszuüben. Mit dem Berliner Wasserrat besteht jetzt die einzigartige Chance, ein Modell der direkten Beteiligung an einem öffentlichen Unternehmen zu entwerfen, das eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur Wiederherstellung des Primats der Politik einnehmen und Leitbild für weitere Rekommunalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge sein kann."

Gemeinsam unterzeichnet von den Bündnispartnern

Aktionsbündnis Das Wasser-Netz, Dachverband der brandenburgischen Bürgerinitiativen www.wasser-netz.de - Mitbegründerin Vilma Niclas, Rechtsanwältin & Fachjournalistin für IT-Recht, Berlin, Sonnentaler - Mitbegründer und Pressesprecher Thomas Kaiser, Lützen

Deutscher Konsumentenbund e.V., Kassel Christine Guido Bockamp (Vorstand)

Deutscher Konsumentenbund – Regionalverband Süd e.V., Iwona Szczeblewski (Vorstand)
<http://www.konsumentenbund.de/>

Berliner Wassertisch und Berliner Wasserrat, Pressesprecherin: Ulrike von Wiesenau

Wirtschaftsexpertin: Gerlinde Schermer - www.berliner-wassertisch.net

Offizielle Veranstalterin der Mahnwache in Potsdam:

Das Wasser-Netz, Mitbegründerin Vilma Niclas, Rechtsanwältin und Fachjournalistin für IT-Recht, Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin, Telefon: 0178 - 457 29 83

Dachverband der brandenburgischen Bürgerinitiativen

Aktionsbündnis Das Wasser-Netz - www.wasser-netz.de

Zur aktuellen Lage und zu besonderen Problemen der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg

Eine Kommune kann nach dem Gesetz (KAG) in Brandenburg theoretisch frei wählen, ob sie Anlagen der Wasserwirtschaft über Gebühren (Entgelt für genutztes Wasser) und/oder Beiträge (so genannter Vorteil für das Grundstück der Eigentümer) finanzieren möchte. In der Praxis sieht es häufig leider anders aus aufgrund der schlechten Haushaltslage vieler Kommunen. Ob Beiträge oder Gebühren verlangt werden und in welcher Höhe – darüber entscheiden oft nicht die Bürger und die Kommunen sondern Vorgaben der Kommunalaufsicht oder des Landes. Machen die Gemeinde oder der Zweckverband nicht mit, gibt es keine finanzielle Unterstützung. Der Leidtragende ist der Bürger, der im Fall von Fördermitteln fast immer mit höheren Gebühren oder Beiträgen belastet wird. Besonders bei Beitragsbescheiden für den Anschluss an die Kanalisation gibt es derzeit in Brandenburg große Probleme. Neben dem umstrittenen Anschlusszwang sehen sich Eigentümer von Grundstücken, darunter Bürger aber auch viele Unternehmer derzeit überall in Brandenburg sehr hohen Beitragsbescheiden ausgesetzt, die diese sogar bis an den Rand der Insolvenz bringen und die binnen vier Wochen zu zahlen sind.

Diese Beitragsbescheide für überdimensionierte Anlagen, die nach der Wende errichtet wurden, werden aktuell durchgesetzt, obwohl diese Forderungen in vielen Fällen eigentlich längst verjährt gewesen sind.

Der Landtag in Potsdam hatte 2004 ein Gesetz verabschiedet, welches die Verjährung für Beitragsbescheide für Wasseranschlüsse aushebelte und es noch heute erlaubt, Grundstückseigentümer für Wasseranschlüsse zu veranlagern, die in den neunziger Jahren erfolgten bzw. sogar noch vor der Wende, die die DDR Bürger teilweise mit Ihren eigenen Händen verlegten.

Daran hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2013 mehrfach Kritik geübt, u.a. mit Beschlüssen vom 5. März, 3. September und 10. Oktober 2013. Daraufhin hat der brandenburgische Gesetzgeber das Kommunalabgabengesetz im Dezember 2013 zwar geändert, jedoch nicht zur Zufriedenheit der Bürger. In Brandenburg beträgt die Verjährung nun für Anschlüsse in der DDR sowie für Anschlüsse in den Jahren 1990 bis 2000 bis zu 25 Jahre und mehr – obwohl diese meist längst verjährt wären, gäbe es die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2004 nicht. Damals war der Fall der Mauer bereits 14 Jahre her. Man ordnet nun per Gesetz im Jahr 2013 sogar erneut nachträglich an, dass der Zeitraum 1990 bis 2000 für den Zeitablauf der Verjährung außer Betracht bleiben soll, so genannte Hemmung oder auch Schonfrist genannt. Dies widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen meinen viele Bürger zu Recht. In Bernau bei Berlin demonstrieren nunmehr seit über dreißig Wochen hunderte Menschen auf dem Marktplatz gegen diese Politik der Landesregierung. Jeden Dienstag um 17 Uhr füllt sich der Marktplatz in Bernau.

von Vilma Niclas - Rechtsanwältin & Fachjournalistin für IT-Recht,
Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin, Telefon: 0178 - 457 29 83 -
Mitbegründerin des Aktionsbündnisses Wasser-Netz

Dachverband der brandenburgischen Bürgerinitiativen
Aktionsbündnis Das Wasser-Netz - www.wasser-netz.de

Kontakt:
Ulrike Kölver, Tel. 0178 631 30 89
Gerlinde Schermer, Tel. 0177 24 62 983
Gerhard Seyfarth, Tel. 0170 200 49 74
Michel Tschuschke, Tel. (030) 784 59 41
Ulrike von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04

<http://berliner-wassertisch.net>